

Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA
Bundesminister für öffentlichen Dienst
und Sport

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMöDS-11001/0039-I/A/5/2019

Wien, am 4. Juni 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Peter Pilz, Freundinnen und Freunde haben am 4. April 2019 unter der Nr. **3271/J** an meinen Amtsvorgänger eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Verbindungen der Identitären Bewegung zu Regierung und Verwaltung“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5, 7 bis 10 und 13:

- *Teilen Sie die Erkenntnis des Verfassungsschutzberichts 2017, das die IBÖ "als wesentliche[n] Träger des modernisierten Rechtsextremismus" einstuft?*
 - a. *Falls nein, warum nicht?*
- *Können Sie ausschließen, dass MitarbeiterInnen Ihres Kabinetts Mitglieder der rechtsextremen IBÖ sind oder waren?*
 - a. *Falls nein, welche Konsequenzen sind für MitarbeiterInnen zu erwarten, die Mitglied der rechtsextremen IBÖ sind oder waren?*
- *Können Sie ausschließen, dass MitarbeiterInnen Ihres Kabinetts Veranstaltungen der rechtsextremen IBÖ besucht haben?*
 - a. *Falls nein, welche Konsequenzen sind für MitarbeiterInnen zu erwarten, die an Veranstaltungen der rechtsextremen IBÖ teilgenommen haben?*
- *Können Sie ausschließen, dass MitarbeiterInnen Ihres Kabinetts an Demonstrationen der rechtsextremen IBÖ teilgenommen haben?*

- a. Falls nein, welche Konsequenzen sind für MitarbeiterInnen zu erwarten, die an Demonstrationen der rechtsextremen IBÖ teilgenommen haben?
- Können Sie ausschließen, dass MitarbeiterInnen Ihres Kabinetts in Verlagen oder Medien publiziert haben, an denen führende Persönlichkeiten der rechtsextremen IBÖ rechtlich beteiligt sind?
 - a. Falls nein, welche Konsequenzen sind für MitarbeiterInnen zu erwarten, die in Verlagen oder Medien publiziert haben, an denen führende Persönlichkeiten der rechtsextremen IBÖ rechtlich beteiligt?
- Können Sie ausschließen, dass MitarbeiterInnen Ihres Kabinetts aktiv an Aktionen der rechtsextremen IBÖ beteiligt waren?
 - a. Falls nein, welche Konsequenzen sind für MitarbeiterInnen zu erwarten, die an Aktionen der rechtsextremen IBÖ beteiligt waren?
- Können Sie ausschließen, dass MitarbeiterInnen Ihres Kabinetts im laufenden Kontakt mit Mitgliedern der rechtsextremen IBÖ sind?
 - a. Falls nein, welche Konsequenzen sind für MitarbeiterInnen zu erwarten, die in Kontakt mit Mitgliedern der rechtsextremen IBÖ stehen?
- Können Sie ausschließen, dass Sie oder MitarbeiterInnen Ihres Kabinetts in Vereinen oder Burschenschaften aktiv sind, an denen ebenfalls Mitglieder der rechtsextremen IBÖ Mitglied sind?
 - a. Falls nein, welche Konsequenzen sind für MitarbeiterInnen zu erwarten, die in Vereinen oder Burschenschaften aktiv sind, an denen ebenfalls Mitglieder der rechtsextremen IBÖ Mitglied sind?
- Können Sie ausschließen, dass MitarbeiterInnen Ihres Kabinetts via Social Media in Kontakt mit Mitgliedern der rechtsextremen IBÖ sind?
 - a. Falls nein, welche Konsequenzen sind für MitarbeiterInnen zu erwarten, die via Social Media in Kontakt mit Mitgliedern der rechtsextremen IBÖ sind?
- Haben Sie bereits öffentlich die Aktivitäten der IBÖ verurteilt?
 - a. Falls ja, bitte um genaues Datum und Nennung der Quelle.
 - b. Falls nein, warum nicht?
 - c. Falls nein, wann haben Sie geplant, die Aktivitäten der IBÖ öffentlich zu verurteilen?

Ich habe mein Amt am 3. Juni 2019 angetreten. Für die wenigen Mitarbeiter, die ich bereits habe, kann ich dies ausschließen. Für meinen Amtsvorgänger kann ich nicht sprechen.

Zu Frage 6:

- Können Sie ausschließen, dass von Ihrem Ministerium Inserate in Verlagen oder Medien geschaltet wurden, an denen führende Persönlichkeiten der rechtsextremen IBÖ rechtlich beteiligt sind?

- a. Falls nein, was werden Sie unternehmen, um in Zukunft sicherzustellen, dass dies nicht mehr vorkommt?
- b. Falls nein, in welchem Medium haben Sie das Inserat geschaltet und wie hoch waren die Kosten?

Ich darf auf die Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen Nr. 885/J vom 17. Mai 2018, Nr. 2196/J vom 2. November 2018 sowie Nr. 2842/J vom 14. Februar 2019 durch meinen Amtsvorgänger verweisen.

Zu Frage 11:

- Können Sie ausschließen, dass rechtsextreme politische Forderungen der IBÖ, wie die "Revolte gegen den großen Austausch" Einzug in die Regierungsarbeit finden?
 - a. Falls nein, was werden Sie tun, um dies sicherzustellen?

Für meinen Zuständigkeitsbereich kann ich dies ausschließen.

Zu Frage 12:

- Was für Maßnahmen ergreifen Sie, um Ihre MitarbeiterInnen für rechtsextreme Inhalte zu sensibilisieren?
 - a. Falls noch keine Maßnahmen gesetzt wurden, was für Maßnahmen sind geplant?

Ich gehe davon aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Ressorts aufgrund ihrer Ausbildung und der in Wahrnehmung ihrer dienstlichen Aufgaben erworbenen Kompetenzen und beruflichen Erfahrung befähigt sind, im Anlassfall derartige Inhalte zu erkennen und entsprechende Schritte zu setzen. Sollte sich herausstellen, dass weitere Maßnahmen erforderlich sind, werden diese selbstverständlich veranlasst werden.

Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA



